

UWZ 16/02/01

Hundehalter fühlen sich abgebügelt

Arbeitsgemeinschaft geht Entschärfung der Leinenzwang-Verordnung nicht weit genug

Die SPD-Mehrheit im Fachausschuss brachte die Änderung des Regelwerks auf den Weg. Die Verwaltung hält zeitliche Begrenzungen für nicht praktikabel.

Von Jens Milde

Nordenham. Die Hundehalter fühlen sich abgebügelt, und sie bekamen Rückendeckung von Herbert Eltner. Für den CDU-Fraktionsvorsitzenden ist die Änderung der Hundeverordnung, die die SPD-Mehrheit im Ausschuss für Umwelt und Brandschutz am Donnerstagabend auf den Weg gebracht hat, „ein Brocken, den man den Hundehaltern vor die Füße wirft nach dem Motto: Friss oder stirb.“

Im Oktober vergangenen Jahres hatte der Rat die um-

strittene Hundeverordnung verabschiedet, die einen Leinenzwang in bestimmten Stadtgebieten vorsieht. Viele Hundehalter, die schon im Vorfeld der Entscheidung gegen das Regelwerk protestiert hatten, ließen auch anschließend nicht locker. Sie forderten eine Entschärfung. Die nun ausgearbeitete Änderung geht ihnen allerdings nicht weit genug.

Laut Verordnung gilt der Leinenzwang unter anderem auf dem Strandgelände, dem Bahndamm, dem Blexersander Seenpark, dem Friedeburgpark, dem Stadtwald, und den Gateteichen. Die Kompromiss-Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft verantwortungsbewusster Hundehalter sehen eine tageszeitliche Begrenzung des Leinenzwangs auf einem Teilstück des Bahndamms und im Friedeburgpark vor. Außerdem:

Freilauf ganzjährig auf dem Strandgelände südlich der Jugendherberge und auf dem Weg östlich der Flutmauer. Freilauf ganzjährig im Seenpark I mit Ausnahme des Badereiches während der Badesaison. **Freilauf ganzjährig im Seenpark III mit Ausnahme des dortigen Vogelschutzgebietes. Die Änderung besteht den Vierbeinern aber nur das Gebiet südlich der Jugendherberge und den Seenpark III mit Ausnahme des Vogelschutzgebietes zu.**

„Wir sind sehr enttäuscht über dieses Ergebnis“, machte die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft verantwortungsbewusster Hundehalter, Dr. Andrea Siepelmeyer, bei der Ausschusssitzung deutlich. Vor allem mit der SPD-Fraktion ging sie hart ins Gericht: „So kann man mit Bürgerinteressen nicht umgehen. Von der zugesagten Gesprächsbe-

reitschaft haben wir nichts gespürt.“

Jürgen-Christoph Gericke (FDP) stimmte gegen die Änderung und führte dafür grundsätzliche Bedenken an: „Wir sind nicht verlässlich, wenn wir eine gerade erst getroffene Entscheidung bei der nächsten Gelegenheit wieder kippen.“ Außerdem sei die Änderung nicht ausreichend.

Reinhold Manski (SPD) sagte: „Wir stellen die Wünsche verunsicherter Bürger denen der Hundehalter voran.“ Ordnungsamtsleiter Hergen Endlich, der den Änderungsentwurf der Verwaltung vorstellte, erklärte, dass eine zeitliche Begrenzung des Leinenzwangs nicht praktikabel sei. Ausschuss-Vorsitzender Lutz Schubert (SPD) sagte, dass seine Fraktion auch im Interesse der Bürger handle, die sich von Hunden gestört oder verängstigt fühlen.